
Mitteilungen und Berichte

Die Wende 1989/90. Studien in der Region

Workshop vom 29.-31. Januar 1998 in Leipzig

Ziel der von *Günther Heydemann* (Leipzig), *Gunther Mai* (Erfurt) und *Werner Müller* (Rostock) veranstalteten und von der Volkswagenstiftung geförderten Tagung war es, eine Bestandsaufnahme der bisherigen Forschung zu leisten, Perspektiven zukünftiger Arbeit aufzuzeigen und nach Möglichkeiten der Kooperation zu suchen. *G. Heydemann* wies einleitend darauf hin, daß es nicht „die Wende“, sondern vielmehr zahlreiche, nach Bedingungen, Verlauf, Akteuren und Ergebnissen verschiedene Prozesse gegeben habe. Diese Feststellung sollte im Verlauf der Konferenz eine eindrucksvolle Bestätigung erfahren.

Die ersten beiden Referate dienten der Einführung. *Hubertus Knabe* (Berlin) zeichnete den „langen Weg zur Opposition“ in der DDR nach, die, legt man organisatorische und programmatische Stringenz als Maßstab an, eigentlich erst im Herbst 1989 vorhanden gewesen sei. Sie habe aber zumindest z. T. an vorherige Entwicklungen anknüpfen können. So sei das in den achtziger Jahren unter dem Dach der Kirche entstandene „unabhängige kommunikative Netzwerk“ eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Protestbewegung gewesen. Der Erfurter Soziologe *Frank Etrich* referierte über den „ostdeutschen Transformationsprozeß in der sozialwissenschaftlichen Transitionsdebatte“, beschränkte sich allerdings weitgehend auf in der Diskussion Geläufiges, etwa die Forderung nach einem „multifaktoriellen Erklärungsansatz“ bei der Auseinandersetzung mit dem Umbruch in der DDR und Osteuropa. Den Abschluß des ersten Tages bildeten Überblicke über den

Stand der Forschung in den einzelnen Bundesländern. *Werner Müller* und *Kai Langer* (Rostock) berichteten über Mecklenburg-Vorpommern, *Hermann-Josef Rupieper* (Halle) über Sachsen-Anhalt, *Günther Heydemann* und *Gunther Mai* über Thüringen. Zu Berlin-Brandenburg war kein Berichterstatter anwesend, aus dem Plenum erfolgte aber der Hinweis auf ein laufendes Projekt zum „Reformdiskurs“ in der SED vor 1989. Es wurde deutlich, daß die friedliche Revolution in der Tat regional und lokal sehr unterschiedlich verlief.

Am Freitagvormittag referierte zunächst *Klaus Krakat* (Berlin) weitgehend Bekanntes über „Bestimmungsfaktoren der Wirtschaftsentwicklung zwischen 1985 und 1989“. Er verwies auf die zentralistische, von einer schwerfälligen Bürokratie gekennzeichnete Entscheidungsstruktur, die wachsenden Außenhandelsdefizite, die abnehmende Arbeitsproduktivität und den damit einhergehenden Währungsverfall. Die Planwirtschaft der DDR sei mit der Lösung dieser Probleme überfordert gewesen und steuerte daher im Sommer 1989 auf eine Finanzkrise zu. *Francesca Weil* (Leipzig) berichtete über ihre Forschungen zum sozialen Wandel in einem Leipziger Arzneimittelwerk. Die „Wende“ habe sich für die Beschäftigten eher als politische Demonstration „nach Feierabend“ denn als innerbetrieblicher Vorgang dargestellt. Neben die Euphorie über die politischen Veränderungen sei die Angst um den Erhalt des Arbeitsplatzes getreten, was zur Abnahme des ursprünglich starken Zusammenhalts innerhalb der Belegschaft führte. *Anne*

Kaminsky (Berlin) befaßte sich anhand von Berichten des Instituts für Marktforschung in der DDR mit den zunehmenden Versorgungslücken in den achtziger Jahren. Die Probleme seien von den Forschern in ihrer systemsprengenden Kraft als „Politikum ersten Ranges“ erkannt worden, ihre Warnungen auf der politischen Ebene aber ohne Folgerungen geblieben. *Oliver Werner* (Leipzig) behandelte die Krise um das SPUTNIK-Verbot vom November/Dezember 1988 anhand der aus Protest gegen diese Entscheidung im Bezirk Leipzig erfolgten Eingaben an die SED aus der Bevölkerung und stellte sie als wichtige Etappe auf dem Weg zur finalen Krise in der DDR dar.

In einem zweiten Schwerpunkt sollte das Verhältnis von Kirchen und Gruppen beleuchtet werden. *Josef Schmid* (Hamburg) stellte die Dresdner Entwicklung dar, wo Ende der siebziger Jahre aus der offenen Jugendarbeit der evangelischen Kirche übergemeindliche Gruppen entstanden, die sich seit 1982 ausdifferenzierten und u. a. ökologischen Themen zuwandten. Zugleich habe sich eine begrenzte Politisierung vollzogen, was zu Konfrontationen mit der Staatsmacht, aber auch zu Reibungen mit der Kirchenleitung führte. Seit 1987 sei es dann zur „Eskalation des Protests“ gekommen.

Am Nachmittag wurde in zwei Gruppen gearbeitet. In der Arbeitsgruppe I ging es um „Oppositionelle Gruppen, neue Parteien, Regionalstudien zu ‘Runden Tischen’“. *Claudia Baum* (Leipzig) zeigte anhand der Auseinandersetzungen um den Bau eines Reinstsiliziumwerkes in Dresden-Gittersee, wie unter den sich ändernden politischen Bedingungen ein ursprünglich ökologisch motivierter Protest an Intensität und Publizität gewinnen, sich mit politischen Motiven verbinden und letztlich zum Erfolg, d. h. zur Aufgabe des Projektes führen konnte. Im konkreten Fall habe dabei sowohl die höhere Sensibilität der Bevölkerung nach Tschernobyl

eine Rolle gespielt als auch der Umstand, daß zwei an der Planung beteiligte Ingenieure ihre Bedenken und Proteste mit Hilfe des Informationsnetzes der Kirche öffentlich machten. *Erich Sobeslavsky* (Dresden) skizzierte Entwicklung und Bedeutung der „Gruppe der 20“ in Dresden. Am 8. Oktober 1989 aus auf der Straße sitzenden Demonstranten ausgewählt, habe sie in einer Art Plebiszit durch symbolische Überweisungen aus der Bevölkerung auf ein Sonderkonto weitere Legitimation erhalten. Die konkrete Arbeit bestand in der Kooperation mit der bestehenden Stadtverwaltung zur Ausfüllung des entstehenden Machtvakuum sowie der Organisation von Demonstrationen. *Torsten Moritz* (Berlin) verglich die Ostberliner Gruppen der „Umweltbibliothek“, der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und der „Initiative Absage gegen Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, die er als Teile einer vor 1989 bereits bestehenden Opposition von der Bürgerbewegung der „Wende“-Zeit deutlich abgrenzte. Ihre Opposition sei aus weltanschaulicher Dissidenz heraus entstanden, die in der Sozialisation in alternativen sozialistischen Milieus wurzelte. Mit der Entwicklung der Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche befaßte sich *Uwe Schwabe* (Leipzig). Durch die Einbeziehung von Ausreisewilligen sowie verschiedener Basisgruppen habe der Protest eine breitere Öffentlichkeit erhalten und zudem eine Politisierung erfahren, was auch hier zu Konflikten mit der Kirchenleitung führte. Mit Blick auf seinen Vorredner stellte Schwabe die These auf, daß sich das Zentrum des Protests 1989 von Berlin nach Leipzig verlagert habe.

Ein kritisches Bild der Arbeit des Runden Tisches in Wismar zeichnete *Sven Abrokatz* (Rostock). Das je zur Hälfte aus Vertretern der Stadtverwaltung und der Bürgerbewegung bestehende Gremium sei weitgehend überfordert gewesen und habe in vielen Bereichen

„Chaos“ produziert. Von einer „Schule der Demokratie“ könne daher nicht gesprochen werden. *Hermann-Josef Rupieper* trug die Ergebnisse einer Tagung zu Runden Tischen in Sachsen-Anhalt vor. Er betonte u.a. deren Eigenständigkeit gegenüber der Entwicklung in Berlin und ihre Rolle bei der Kanalisierung des „Wende“-Prozesses. Sie seien allerdings trotz mancher Professionalisierungstendenzen oft mit der Lösung drängender Probleme überfordert gewesen und bildeten wegen fehlender Transparenz kein Beispiel für einen herrschaftsfreien Diskurs. *Karsten Timmer* (Bielefeld) bemühte sich um den Nachweis, daß das in oppositionellen Zirkeln in Polen und der CSSR entwickelte Konzept der Zivilgesellschaft vor den Oppositionsgruppen der DDR auch ohne expliziter Bezug rezipiert worden sei. Er verwies auf Forderungen wie Basisdemokratie, programmatische Offenheit, dezentrale Organisation und gesellschaftlichen Dialog. *Jens Walter* (Ludwigshafen) stellte das Exposé einer geplanten Arbeit zur Geschichte der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) vor.

In der Arbeitsgruppe 2 ging es um „Staatliche Ebenen und Organe, Regionalstudien zu Kommunen, Kreisen und Bezirken“. *Walter Süß* (Berlin) referierte Zwischenergebnisse eines Forschungsprojektes zum MfS in der Phase des Umbruchs 1989/90. Es gebe keinen Beleg für ein frühzeitiges Wissen der Stasi um den bevorstehenden Untergang der DDR. Vielmehr habe der Zerfall der SED zur Desintegration einzelner Teile des Machtapparates geführt. Er betonte, daß das MfS zwar eine wichtige Rolle als *Gegner* der Revolution spielte, diese aber keineswegs aktiv mitgestaltete und verwies damit Vermutungen, die „Wende“ sei das Werk der Stasi gewesen, nachdrücklich ins Reich der Fabel. *Tobias Hollitzer* (Leipzig) schilderte Vorgeschichte und letztendlich friedlichen Verlauf des 9. Oktober 1989 in Leipzig. Die Sicherheitsorgane hätten

dezidiert die gewaltsame Auflösung der Montagsdemonstration geplant, was sich allerdings angesichts der großen Zahl von Demonstranten als nicht durchführbar erwiesen habe. Diese Entscheidung sei von den Verantwortlichen vor Ort getroffen und von der SED-Führung lediglich nachträglich gebilligt worden.

Cornelia Liebold (Leipzig) berichtete über den Weg vom „Demokratischen Zentralismus“ zur kommunalen Selbstverwaltung in Leipzig 1989/90, der erheblich dadurch erleichtert wurde, daß sich das Stadtparlament selbst auflöste und so ein Vakuum entstand, das die am Runden Tisch vertretenen neuen Kräfte auszufüllen verstanden. *Erich Sobeslavsky* behandelte frühzeitige Versuche von Dresdener SED-Funktionären, sich unter Ausnutzung der fehlenden ökonomischen Kompetenz der Bürgergruppen gute Positionen im gesamtdeutschen wirtschaftlichen Vereinigungsprozeß zu sichern. Erst ab Januar 1990 konnten die basisdemokratischen Bewegungen sukzessive in die Entscheidungsprozesse eingreifen. *Michael Richter* (Dresden) schilderte das Verhältnis von Runden Tisch und Rat des Bezirkes Dresden. Nachdem Versuche der Regierung Modrow, zwecks „Erhaltung der Staatlichkeit“ den Einfluß der staatlichen Institutionen zu sichern, gescheitert waren, sei seit Januar 1990 ein Bedeutungsverlust der Räte und ein steigender Einfluß der Runden Tische auf allen Ebenen zu verzeichnen gewesen. *Guido Vetter* (Stuttgart) befaßte sich mit dem Verlauf der Revolution in den Bezirken Magdeburg und Halle. Während die SED in Magdeburg aufgrund einer regelrechten Austrittswelle in wachsendem Maße handlungsunfähig wurde, war ihr Verfall in Halle weniger dramatisch. War die Entwicklung in Magdeburg weitgehend friedlich und nur vereinzelt ein gewaltsames Vorgehen der Sicherheitsorgane zu verzeichnen, so kam es in Halle zu massiven Unruhen und rigiden Polizeieinsätzen.

Heinz Mestrup (Münster) und *Dietmar Remy* (Jena) stellten Ergebnisse ihrer Forschungen zu Nordthüringen vor. Remy berichtete u.a. über interessante Besonderheiten der „Wende“ in Mühlhausen, wo sich seit Mitte 1988 ein konspirativer Oppositionszirkel innerhalb der SED um den Bürgermeister gebildet habe, der sich am 22. Oktober 1989 an die Spitze der Demonstranten stellte und die Kreisleitung der Partei zum Rücktritt aufforderte. Mestrup referierte Ergebnisse seiner Dissertation über die SED im Bezirk Erfurt in der Ära Honecker, verzichtete aber leider darauf, Zusammenhänge mit der „Wende“ von 1989/90 herzustellen. *Fred Mrotzek* (Rostock) behandelte in einem eindrucksvollen Vortrag den Verlauf der Revolution in den Kommunen der Nordbezirke. Hier seien Gruppen mit lokalspezifischer Programmatik entstanden, die sich um eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Parteiorganisationen bemühten und dort frühzeitig auf Resonanz stießen. Die Erosion der staatlichen Macht sei daher nicht verspätet, sondern anders erfolgt, der Umgestaltungsprozeß eher kooperativ als konfrontativ verlaufen.

Der Samstag schließlich war der Auseinandersetzung mit einigert Transformationsprozessen gewidmet. *Klaus Krakat* beschrieb am Beispiel einiger Berliner Betriebe aus der den von der Treuhandanstalt begleiteten Sanierungs- und Privatisierungsprozeß. *Friedemann Neuhaus* (Braunschweig) befaßte sich mit der Transformation des Geschichtsunterrichts in und nach der „Wende“. Er betonte das „Dilemma der Gleichzeitigkeit von rascher institutioneller Umwälzung einerseits und einem sehr viel langsameren Mentalitätswandel andererseits“. Im Plenum wurde danach heftig diskutiert, inwieweit Geschichtslehrer aus der DDR generell belastet sind und ihre Weiterbeschäftigung demnach verantwortlich war und ist. *Robert Grünbaum* (Bayreuth) behandelte die Rolle der Schriftsteller als politische Akteure

1989/90. Die Leitungen von Schriftstellerverband und PEN-Zentrum stützten das Regime fast bis zuletzt. Stefan Heym oder Christa Wolf, die mit Sozialismusutopien an die Öffentlichkeit traten, konnten damit kaum noch Zustimmung erzielen und verloren aufgrund ihres Festhaltens am Wunschbild einer sozialistischen DDR rapide an Ansehen. *Johannes Raschka* (Dresden) setzte sich mit dem in den achtziger Jahren postulierten Begriff des „Sozialistischen Rechtsstaats“ auseinander. „Rechtssicherheit“ meinte in diesem Zusammenhang v. a. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, geringe Kriminalität sowie soziale Sicherheit, bedeutete aber, in grundlegendem Unterschied zum westlichen Verständnis, nicht die prinzipielle Bindung des Staates an das Recht. *Annette Weinke* (Berlin) zog eine ernüchternde Bilanz der Rolle der DDR-Justiz zur Zeit der „Wende“. Unter der Regierung Modrow hätten dem alten Regime verpflichtete Juristen nahezu alle strategisch wichtigen Positionen besetzt gehalten, weshalb die Reformdebatte über rhetorische Bekenntnisse zum demokratischen Erneuerungsprozeß nicht hinausgekommen sei. Die Aufarbeitung der justiziellen Vergangenheit sei bis heute allenfalls halbherzig erfolgt.

In ihren Resümées hoben *Gunther Mai* und *Werner Müller* (Rostock) hervor, daß es trotz aller Besonderheiten doch strukturelle Gemeinsamkeiten des „Wende“-Prozesses gegeben habe. So seien aus der Erosion der Legitimität des SED-Staates die Runden Tische als Garant des friedlichen Übergangs entstanden, aus denen große Teile der neuen Funktionseliten hervorgingen. Ferner sei die „Modrow-Strategie“ der Domestizierung, Pazifizierung und Machterhaltung auch in den Bezirken verfolgt worden. Die „Wende“ sei aber auch die „Stunde der Region“ gewesen, da die Bürgergruppen vielfältige lokal- und regionalspezifische Besonderheiten aufwiesen.

Als Forschungsdesiderate nannte *Müller* die Untersuchung kleiner Städte und ländlicher Gebiete, der Entwicklung in den Betrieben, des Zerfalls- und Differenzierungsprozesses der Staatspartei sowie des Verhaltens der Sicherheitsorgane.

Die Zahl der Vorträge und das dichte Programm verlangten den Teilnehmern ein hohes Maß an Ausdauer ab. Sie wur-

den aber durch eine Vielzahl anregender Darstellungen und neuer Perspektiven zum Umbruch von 1989/90 belohnt. Daher wurde es besonders begrüßt, daß die Publikation der Beiträge und vom Leipziger Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte eine regelmäßige Wiederholung der Veranstaltung geplant ist.

Christopher Beckmann/Georg Wilhelm